

Antrag: Diskussionsveranstaltungen zum Bedingungslosen Grundeinkommen.

Antragssteller*innen: DIE LINKE. KV Herne / Wanne-Eickel

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, mehrere Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) im Zeitraum bis zum nächsten Bundesparteitag zu organisieren. Ziel der Diskussionen soll es sein, unterschiedliche Modelle eines linken und emanzipatorischen BGE zu diskutieren und dabei zu erarbeiten, welches Modell wir als Partei präferieren. Der Bundesvorstand soll zu diesen Veranstaltungen jeweils immer eingeladen werden.

Begründung:

Im vergangenen September hat ein Mitgliederentscheid darüber stattgefunden, ob wir ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in unser Parteiprogramm aufnehmen. Im Wortlaut lautete der Beschluss:

„Die Partei DIE LINKE nimmt ein emanzipatorisches bedingungsloses Grundeinkommen, wie es beispielsweise die BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE vorschlägt, in ihre politische Programmatik auf. Sie lehnt neoliberale Grundeinkommensmodelle ab. Dazu wird der Parteivorstand aufgefordert, dem Bundesparteitag bis spätestens ein Jahr nach Abschluss dieses Mitgliederentscheides eine entsprechende Änderung des Parteiprogramms zur Einarbeitung eines linken bedingungslosen Grundeinkommenskonzeptes vorzuschlagen. Nach positiver Entscheidung des Parteitages soll der Parteivorstand auch in den Entwurf des Wahlprogrammes zur nächstfolgenden Bundestagswahl die Forderung nach einem linken bedingungslosen Grundeinkommen aufnehmen.“

Eine Mehrheit, der teilnehmenden Mitglieder, hat sich für die Aufnahme eines "Bedingungslosen Grundeinkommens" (BGE) in die Programmatik der Partei entschieden. 56,64 % der Mitglieder sprachen sich dafür aus, 38,43 % dagegen.

Im Vorfeld des Mitgliederentscheides ging ein großer Riss durch die Partei. Befürworter*innen und Gegner*innen eines BGE waren zutiefst gespalten. Ziel unserer Partei muss nun sein, ein Modell eines BGE zu entwickeln, mit dem einerseits alle Seiten leben können, das andererseits aber auch einen Entwurf dafür liefert, wie ein moderner und gerechter Sozialstaat aussehen könnte.

Für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes muss in einer Partei mit basisdemokratischem Anspruch auch die Basis hinzugezogen werden. Nur wenn wir als Partei einen breit getragenen Konsens entwickeln, können wir diesen auch schlagfertig nach außen vertreten und nutzen um für eine gerechtere Gesellschaft zu streiten.